

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(54. - öffentliche - Sitzung am 6. Juli 2015)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung billigte der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion, sich in der für den 7. September 2015 vorgesehenen Sitzung durch die Landesregierung über die Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie unterrichten zu lassen.

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (NKSpG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2608](#)

Der federführende Ausschuss führte nach der Mitberatung durch den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und der Entgegennahme der Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr den zweiten Beratungsdurchgang durch und bekräftigte einmütig seine Empfehlung an den Landtag, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

- 2 a) **Den Müll im Meer nachhaltig reduzieren**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1756](#)
b) **Gewässer schützen - Mikroplastik in Kosmetikprodukten verbieten**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3537](#)

Im Zuge der Fortsetzung der Beratung legten die vier Fraktionen einen gemeinsam getragenen Änderungsvorschlag vor. Sodann schloss der Ausschuss die Beratung ab und empfahl dem Landtag einstimmig, die Anträge in der Fassung des zuletzt vorgelegten Änderungsvorschlags - zuzüglich redaktioneller Anpassungen - anzunehmen.

3. **Politische Verantwortung übernehmen: Sicherheit der Menschen muss oberste Priorität haben - verhaltensauffällige Wölfe sind der freien Natur umgehend zu entnehmen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3114](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und befasste sich in diesem Zuge auch mit der thematischen Abgrenzung dieses Antrags zum Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 17/3709 („Der Schutz des Menschen muss jederzeit höchste Priorität haben - für ein konsequentes Handeln der Landesregierung im Umgang mit dem Wolf!“). Der Antrag der CDU-Fraktion, in dieser Sitzung eine Beschlussempfehlung zu verabschieden, wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt.

4. **Klimaschutz voranbringen, Europäischen Emissionshandel reformieren, faire Rahmenbedingungen für die Industrie schaffen, kosteneffiziente Energiewende fördern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3104](#)

Im Zuge der Fortsetzung der Beratung des Antrags bekräftigte die CDU-Fraktion ihre Absicht, zu dem Antrag einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Die Koalitionsfraktionen beantragten jedoch die Abstimmung über eine Beschlussempfehlung noch in dieser Sitzung. Dieser Antrag zum Verfahren wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen. Daraufhin schloss der Ausschuss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

5. **Deichverbände entlasten - Land muss Kosten für die Teekentsorgung übernehmen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3266](#)

Der Ausschuss nahm zum Antrag eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg zum Verwaltungsabkommen Heidewasser**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Eignungs- und Ausschlusskriterien für Deponiestandorte sowie zu der Frage, ob die bestehenden Vorgaben zur Auswahl von Deponiestandorten ausreichend und angemessen sind**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.